



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 46
September
2008

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

Vor ein paar Jahren – bei einem unserer pmg-Meetings mit den Freunden vom CSIS – fiel plötzlich das Stichwort: "Washington gehen die Freunde aus". Inzwischen kann man mit dem Motto "gegen Washington" offensichtlich selbst in den USA Wahlen gewinnen.

Wie wird Washington nach den US-Präsidentenwahlen sein? Wie wird es zu uns Europäern sein? Wird es uns weiter im Balkan zur Verfügung stehen? Wie geht es mit Russland um? Was erwartet es von uns Europäern, von uns Deutschen in Afghanistan und im Irak? Amerika wird Freunde brauchen – und wir Amerika. Die Beiträge dieser Ausgabe unterstreichen dies.

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

In dieser Ausgabe

1 "Alle gegen Washington" – Der US-Präsidentenwahlkampf in der heißen Phase

von Dr. Thomas Bagger

4 Der "Westen" und russischer Neo-Imperialismus

von Dr. Klaus Olshausen

6 Macedonia: the next frontier?

von Henrique Schneider

THEMEN

"Alle gegen Washington"

Der US-Präsidentenwahlkampf in der heißen Phase

Das erste Mal seit John F. Kennedy wird im Januar 2009 wieder ein amtierender Senator in das Weiße Haus einziehen. So ist es nicht ohne Ironie, dass beide Kandidaten sich als "Außenseiter" präsentieren und versprechen, das "blockierte und dysfunktionale" politische System in Washington D.C. aufzubrechen. Barack Obama – Senator seit 2005 – hat von Beginn an das Thema "Change" in den Vordergrund gestellt und damit Hillary Clinton in den Vorwahlen aus dem Feld geschlagen. Seit dem Parteitag in St. Paul Anfang September setzt aber auch John McCain – immerhin seit 1983 Abgeordneter und seit 1987 Senator in der Hauptstadt – ganz auf die Abneigung der Wähler gegen den Regierungsapparat in Washington ("the do-nothing, me-first, country-second crowd") und auf das Versprechen umfassenden Wandels: "Change is coming!" ist sein neuer Wahlkampflogan für die letzten 60 Tage.

Das Ticket Obama/Biden...

Nach dem Ende der dramatischen Vorwahlsaison Anfang Juni konzentrierte sich das Wahlkampfteam von Barack Obama auf zwei Kernaufgaben: zum einen den Ausbau der Basisorganisation in den einzelnen Bundesstaaten, vor allem den umkämpften 18 Staaten, in denen sie sich Chancen ausrechnen. Zum anderen auf das Schließen der "Erfahrungslücke". Die präzedenzlose Auslandsreise des Kandidaten Obama nach Irak, Afghanistan, in den nahen Osten und nach Europa, gekrönt von einem triumphalen Auftritt vor über zweihunderttausend Menschen in Berlin, sollte die offene Flanke in Fragen nationaler Sicherheit und außenpolitischer Kompetenz schließen, die laut Umfragen McCains größter Trumpf war. Aber obwohl die Reise nach allen gängigen Maßstäben ein Erfolg war (und im Obama-Team auch heute noch für richtig und wichtig gehalten wird), fand McCain im August eine effektive Angriffslinie gegen

Obama: den Vorwurf der "celebrity", vergleichbar mit Popsternen à la Britney Spears und Paris Hilton. Der Konflikt um Georgien tat ein Übriges: McCain äußerte sich in drastischer Schärfe gegenüber Russland, Obama war zunächst abgewogener, sah sich aber deshalb rasch erneut dem Vorwurf der Unerfahrenheit und Schwäche ausgesetzt. Sein Vorsprung in den Umfragen schrumpfte auf Prozentpünktchen innerhalb der statistischen Fehlermarge. Dies war die Lage zu Beginn der Nominierungsparteitage, die traditionell um Labor Day, dem ersten Montag im September, die heiße Phase des Wahlkampfs einläuten.

Obama entschied sich erst unmittelbar vor dem Parteitag in Denver (25.-29. August) für Senator Joseph "Joe" Biden (65) aus Delaware als Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten. Als einer der erfahrensten Senatoren in Washington und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses soll Biden Erfahrung mit in das "Ticket" einbringen, aber auch – aufgrund seiner Herkunft und seiner unpräzisen Art – jene kritische Wählergruppe der älteren weißen Wähler gewinnen, die in "swing states" wie Ohio und Pennsylvania bis zum Schluss Hillary Clinton Barack Obama vorzogen. So lag der Schwerpunkt von Bidens Rede in Denver denn auch ganz auf der Selbstdarstellung als Sohn einfacher Leute, stets nah am Puls der wirtschaftlichen Sorgen in den weißen Mittelschicht- und Arbeiterhaushalten Amerikas. Gleichzeitig soll Biden die heftigeren Attacken gegen McCain formulieren: *"He is my friend – and I mean it – we travelled the world together for 20 years, but I profoundly disagree with the direction he wants to take this country (...) These times require more than a good soldier, they require a wise leader."* McCain – so der von vielen Rednern in Denver wiederholte Vorwurf – habe in 90% aller Fälle für die Politik von Präsident Bush gestimmt. Angesichts von Umfragen, laut denen 70% der Amerikaner beklagen, das Land gehe in die falsche Richtung, ein vermeintlich wirkungsvolles Argu-

ment gegen die McCain-Kandidatur.

Zwei weitere Ziele galt es für Obama in Denver zu erreichen: sich selbst und sein Programm einem breiteren amerikanischen Publikum vorzustellen und – am wichtigsten – die Einheit der eigenen Partei zu demonstrieren.

Hillary Clinton stellte sich in ihrer mit Spannung erwarteten Rede ohne jeden Vorbehalt hinter Obama. Emotional und zugleich rhetorisch geschickt verpflichtete sie ihre Anhänger auf die uneingeschränkte Unterstützung Obamas. *"Were you in it just for me?"* – so ihre rhetorische Frage, die auch jene überzeugen sollte, die Obama noch skeptisch gegenüberstehen. Am folgenden Abend machte auch Ex-Präsident Bill Clinton – zumindest rhetorisch – seinen Frieden mit dem Spitzenkandidaten der Demokraten. Clinton lieferte alles, was sich Obama im Interesse eines einigen Parteauftritts wünschen konnte: *"Barack Obamas life is a 21st century incarnation of the good old American dream"; "Barack Obama is ready to lead America"*. John McCain, so Clinton, habe dem Land heroisch gedient, aber in den zwei entscheidenden Fragen dieser Wahl, der Erneuerung des Amerikanischen Traums und der Wiederherstellung von Amerikas Ansehen in der Welt, folge er der "extremen Philosophie" der jetzigen Administration.

Der Schlußtag des Parteitags bediente nach Kräften die Liebe der Amerikaner zum Superlativ: 75.000 Menschen versammelten sich im Football-Stadion der "Denver Broncos"; von Stevie Wonder bis Al Gore bemühten sich Weltstars, das aufgrund der scharfen Sicherheitskontrollen schier endlose "Vorprogramm" kurzweilig zu gestalten. Obama schlug in seiner Rede einen hörbar anderen Ton an als bei seinen rhetorischen Glanzleistungen der Vorwahltriumphe vom Januar und Februar. Unter bewusstem Verzicht auf alle sprachlichen Kunstgriffe und Alliterationen, aber deshalb nicht minder leidenschaftlich entwarf er sein Programm zur Erneuerung des

"American Dream". Es galt, diesmal vor allem jene Amerikaner anzusprechen, die rhetorischem Glanz und intellektueller Brillanz ambivalent bis skeptisch gegenüberstehen. Vier Akzente bestimmten die Rede: (1) seine eigene Verankerung im amerikanischen "mainstream", als Kind einer alleinerziehenden Mutter aus Kansas (der Vater aus Kenya ist in diesen Wochen weit in den Hintergrund gerückt); (2) das Versprechen einer Wiederbelebung des "American Promise", der Chance, selbst der Schmied des eigenen Glücks zu sein, mit Eigenverantwortung, aber ergänzt durch eine Regierung, die hilft wo nötig, und ergänzt durch gegenseitigen Respekt und Hilfsbereitschaft, (3) konkrete Programmatik in Gestalt von drei groß dimensionierten Wahlkampfversprechen: Steuererleichterungen für 95% aller "working families"; Beendigung der amerikanischen Abhängigkeit von nahöstlichem Öl innerhalb von 10 Jahren; und ein 150 Mrd. Dollar-Programm über 10 Jahre zur Förderung erneuerbarer und sauberer Energien, schließlich (4) deutliche Worte zu Patriotismus ("Patriotism has no party. I love this country just as he does.") und zu seinem Gegner: McCain sei "in der Vergangenheit stehengeblieben". Das überwölbende Thema aber war "America's Promise". Dieses Versprechen sei es, das die Amerikaner so reich, so stark, so attraktiv mache, viel mehr als Geld und Militär. Darin enthalten war auch Obamas klassischer Appell, nach gemeinsamen Grundlagen zu suchen und die Polarisierung der Gesellschaft zu überwinden – gerade bei den Reizthemen Abtreibung, Waffenbesitz, oder Einwanderung. "Renewing America's Promise" ist der programmatische Kern Obamas für die Schlusphase des Wahlkampfs.

...gegen McCain/Palin

Während die Demokraten mit ihrem Parteitagort Denver auch darauf zielten, Colorado am 4. November für sich reklamieren zu können, entschieden sich die Republikaner für die "Twin Cities" Minneapolis/St. Paul in Minnesota, einen Staat, den John Kerry 2004 nur hauchdünn gewinnen

konnte. Tag Eins fiel allerdings dem Hurrikan "Gustav" zum Opfer – nichts fürchteten die Republikaner mehr als Vergleiche mit dem Verhalten der Bush-Administration auf die "Katrina"-Katastrophe 2005. So fielen die geplanten Auftritte von Präsident Bush und Vizepräsident Cheney vor dem Parteitag aus – sicher nicht ganz unwillkommen für das Team von John McCain.

Das eigentliche Thema des Parteitags – im Web, auf den Fluren, unter den Delegierten – war aber weder Bush noch "Gustav", auch nicht McCain oder Obama, sondern allein die überraschende Nominierung von Sarah Palin (44), der jungen Gouverneurin von Alaska, als Kandidatin für das Vizepräsidentenamt durch John McCain. Ihr Name, ihre Persönlichkeit und ihre streng konservativ-evangelikalen politischen Positionen elektrisierten förmlich die republikanische Basis. Nach vier Tagen totaler Abschirmung und intensiver Briefings absolvierte sie ihre erste Rede auf nationaler Bühne sehr gekonnt, umjubelt von den 20.000 im Xcel-Center von St. Paul. Sie präsentierte sich als künftige Anwältin behinderter Kindern (das jüngste ihrer fünf Kinder leidet an Down-Syndrom), verteidigte offensiv ihre Kleinstadterfahrung als Bürgermeisterin von Wasilla/Alaska ("an experience Democrats seem to look down on.") und ihre Leistungen als Reformerin der weithin als korrupt geltenden Verwaltung von Alaska. Palin präsentierte eine gelungene Mischung aus angriffslustiger, eloquenter junger Frau und selbstbewusster Vertreterin von "small-town America". Andererseits verstärken immer neue Details über ihren Werdegang in Alaska auch die Zweifel, ob die Nominierung einer praktisch unbekanntem Gouverneurin ohne jede nationale und internationale Erfahrung McCain tatsächlich zum Vorteil gereicht. Diese Frage ist weiter offen. Unübersehbar aber war in St. Paul und seitdem in Wahlkampfauftritten quer durchs Land die enorme Begeisterung der konservativen Parteibasis (die McCain immer zögerlich gegenüberstand) für die frische, unbekümmerte und gerade

in sozialpolitischen Fragen (Abtreibungsverbot, Recht auf Waffenbesitz) erkonservative Palin.

McCains einstige Konkurrenten im Vorwahlkampf überboten sich gegenseitig in Attacken auf Obama: Von Fred Thompson (McCain sei eine Mischung aus "rebellion and honor". Er bringe mehr für das Amt mit als "*a teleprompter speech designed to appeal to the critics of America abroad.*") über Rudy Giuliani (Obama habe sei ein "celebrity senator" und "*the least experienced candidate for president over the last 100 years*") bis zu Mike Huckabee und Mitt Romney ("*There was never a day when I was not proud to be an American!*" Amerika brauche einen Präsidenten, der "es niemals für notwendig hält, sich für Amerika zu entschuldigen."). McCain selbst hingegen kritisierte Obama eher beiläufig. Er konzentrierte sich auf die eigene Biographie (seine Wandlung vom ich-bezogenen Marineflieger zum selbstlosen Patriot: "*I fell in love with my country when I was a prisoner in someone else's*"), und auf seinen Ruf als unabhängiger, überparteilich agierender Politiker ("*I have worked with members of both parties to solve problems – that's how I will govern as president. I have the scars to prove it, Obama has not.*"). Die Passagen zu Wirtschaftsfragen (immerhin mit deutlichem Bekenntnis zum Freihandel) und zur Energieunabhängigkeit ("*the biggest project in decades*", "a great national cause", aber wenig Konkretes außer Forderungen nach mehr Ölbohrrechten vor den Küsten Amerikas und mehr Kernkraftwerken) wirkten hingegen wenig inspiriert. Auch die Außenpolitik streifte er nur am Rande, v.a. mit Kritik an Russland und Solidaritätsbekenntnissen zu Georgien, und blieb im Allgemeinen: "*We face many threats in this dangerous world. But I am not afraid of them. I am prepared for them*". Das übergreifende Thema seiner Rede aber war: "Change is coming to Washington". McCain präsentierte sich als "Außenseiter" und "Querdenker" in der eigenen Partei ("Maverick"). Er versprach, das Vertrau-

en, das beide Parteien verspielt hätten ("because we valued our power over our principles"), mit einer "Rückkehr zu den Wurzeln" wiederzugewinnen.

Das "Schlachtfeld" bis zum 4. November

Die landesweiten Umfragen registrierten zunächst einen "bounce" zugunsten von Obama, nach St. Paul dann einen noch etwas deutlicheren Zuwachs für McCain, der jetzt (9. September) knapp vor Obama führt. Nach dem Politspektakel der Parteitage – eine Mischung aus Autosuggestion der Parteibasis und inszeniertem Fernsehwahlkampf für geschätzte 40 Millionen Amerikaner vor den Bildschirmen – konzentrieren sich die Kandidaten nun aber auf den Kampf um das "Electoral College". Das sind jene 538 Mitglieder des "Wahlmännerkollegiums", die am Ende den nächsten Präsidenten wählen werden. Diese Wahlmänner werden aber nicht landesweit proportional, sondern in den jeweiligen Bundesstaaten gewonnen (nach der Regel "winner takes all"). In den meisten Staaten findet daher kaum Wahlkampf statt. Zu eindeutig sind dort die politischen Kräfteverhältnisse. Zeit, Energie und Ressourcen werden konzentriert auf jene 14 bis 18 Bundesstaaten, die beide Teams für "gewinnbar" halten, darunter insbesondere Nevada, Colorado und New Mexico im Mittleren Westen, Michigan, Indiana, Ohio, Pennsylvania im klassischen Industriegürtel ("rustbelt") des Nordens, sowie Virginia, North Carolina und Florida. Die sich daraus ergebende "Wahlkarte" ist sehr anschaulich dargestellt unter www.270towin.com. In einer Reihe von sog. "battleground states" trennen beide zurzeit nur Zehntelprozente: etwa in Ohio, Colorado und Virginia (der beste Überblick über aktuelle Umfragen unter www.realclearpolitics.com).

Obamas Strategen verweisen selbstbewusst auf ihre breit angelegten und nach verfügbaren Zahlen auch erfolgreichen Anstrengungen zur Registrierung neuer Wähler, die im November die Waage zugunsten von Obama neigen sollen (seit den Wahlen

2004 ca. 700.000 neu registrierte Demokraten, während die Republikaner ca. 1 Mio. registrierte Anhänger verloren haben). Auch die Wahlkampfspenden fließen nach wie vor reichlicher an Obama (51 Mio. Dollar im Juli) als an McCain (27 Mio. Dollar, im August durch die Palin-Nominierung aber deutlich mehr). Es bleibt jedoch der Befund, dass die Republikaner mit John McCain einen Kandidaten nominiert haben, der auch auf die ungebundenen Wähler ("independents"), die am Ende die Wahl entscheiden werden, erhebliche Anziehungskraft ausübt. Zwar glauben laut Umfragen 68%, dass die Wahl Obamas den Ruf Amerikas in der Welt verbessern würde – und nur 46% glauben das für den Fall einer Wahl McCains – aber das ist eben nur für einen Teil der US-Wähler ein wichtiges Kriterium bei der Wahlentscheidung. Alle Vorhersagen werden zusätzlich erschwert durch die Ungewissheit über einen Faktor, den man öffentlich nicht diskutiert: welchen Einfluss Obamas Hautfarbe haben könnte.

Epilog: Die Inhalte

38% der Amerikaner geben in Umfragen an, die wirtschaftliche Krise nach dem Kollaps des Immobilienmarktes und die steigende Arbeitslosigkeit seien die wichtigsten Themen für ihre Wahlentscheidung. Irakkrieg, Terrorismus, erst recht der Klimawandel rangieren weit abgeschlagen dahinter. Dennoch spielen Inhalte im Wahlkampf nur noch eine untergeordnete Rolle. Beispielhaft dafür war der Auftritt von Ex-E-bay-Chefin Megan Whitman und Ex-Hewlett Packard-CEO Carly Fiorina auf dem Parteitag der Republikaner. Beide attestierten McCain wirtschaftliche Kompetenz, erläuterten wirtschaftliche Zusammenhänge und priesen amerikanische Ur tugenden ("America is all about the inspired individual (...) it is not governments that create wealth"), gingen dabei aber im Desinteresse der Delegierten völlig unter. Begeistern konnte sich die Halle hingegen für die eher schlichte energiepolitische Formel "Drill, Baby, Drill", mit der eine ausgeweitete Ölförderung vor amerikanischen Küsten gefordert wurde.

Inhalte spielen nur noch als Hebel im Persönlichkeitsduell eine Rolle. Das gilt auch für außenpolitische Themen von Irak über Iran bis Georgien. Inhaltliche Vorarbeiten für die Prioritäten einer engen transatlantischen Zusammenarbeit mit der nächsten Administration können deshalb bis November nur auf Arbeitsebene hinter den Kulissen vorangetrieben werden.

Nach zwei Wochen Parteitagsspektakel ist die Präsidentschaftswahl mehr denn je zugespitzt auf zwei völlig unterschiedliche Persönlichkeiten, zwei verschiedene Ideen von "Amerika", zwei diametral gegensätzliche Haltungen zu den Herausforderungen, denen sich die USA gegenübersehen. Beide Kandidaten versprechen einen Neuanfang in Washington, beide reklamieren den Begriff "Change" für sich – "Change we can believe in" (Obama) vs. "Change will come from strength" (McCain). Doch während McCain damit eine Rückbesinnung auf traditionelle amerikanische Werte verbindet, wirbt Obama für den Aufbruch in etwas Neues – innen- wie außenpolitisch – das freilich für viele Amerikaner noch unbestimmt ist. In seinem Versuch, Obama das Thema "Wandel" streitig zu machen, ähnelt McCain Hillary Clinton, der das im Vorwahlkampf nicht wirklich gelang. Die Wahl am 4. November aber wird jener Kandidat gewinnen, der dieses Versprechen in den nächsten zwei Monaten glaubwürdiger vertreten und verkaufen kann. Auch wenn das im Fall McCain nach über 30 Jahren im Washingtoner Politikgeschäft für viele erstaunlich klingen mag: Beide haben das Zeug dazu.

Dr. Thomas Bagger, Washington

Dr. Thomas Bagger ist stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung der Deutschen Botschaft in Washington D.C..

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Der „Westen“ und russischer Neo-Imperialismus

Kann Russland die NATO und die EU entzweien?

Seit dem 8. August hat sich die Lage in Europa für alle sichtbar verändert. Einige Kommentatoren sehen die Konsequenzen für die Region, aber vor allem für die internationale Politik ähnlich dramatisch wie durch die Attentate der Terroristen am 11. September 2001 in Amerika.

Die Russen unter Putin haben gezeigt, dass sie bereit sind, massiv militärisch zu intervenieren, um einem Land wie Georgien mit einer demokratisch gewählten Regierung die freie Entscheidung für eine Orientierung nach Westen in die Nordatlantische Allianz und die Europäische Union zu verwehren. Denn das ist das eigentliche Ziel und die klare Botschaft an die Allianz und die Europäische Union – bei aller russischen Argumentation mit dem Schutz russischer Soldaten, der Wiederherstellung des Friedens und des Völkerrechts und der "Bestrafung" Georgiens für die Tötung russischer Soldaten sowie dem Eingreifen gegen einen angeblichen georgischen Genozid an der südossetischen Bevölkerung.

In der New York Times vom 18. und der Washington Post vom 17. August wird recht ausführlich geschildert, dass sich diese Zuspitzung seit 2004 über 2006 und dann seit der Putin Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 verstärkt hat und in den Monaten seit April 2008 von den Russen zielgerichtet ins Auge gefasst worden ist.

Die Historiker werden klären, wann und in welcher Weise einerseits Fehleinschätzungen des georgischen Präsidenten und seiner Regierung, v.a. zum Einsatz von vier Brigaden gegen Tschinvali und Südossetien und andererseits die planvolle Vorbereitung der Russen (u.a. mit Truppenverstärkungen in Süd-

Ossetien und Abchasien) auf eine Situation wie am 7. August zu dem russischen Feldzug gegen Georgien geführt haben.

So bedeutsam diese Frage für die politische Analyse und Entscheidungsfindung ist, geht es jetzt um weiterreichende Aspekte, insbesondere für die Nordatlantische Allianz, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika, kurz gesagt den "Westen".

- Wird, kann und will der "Westen" die Souveränität eines demokratischen Georgiens nicht nur verbal fordern, sondern auch dafür einstehen?
- Wird der "Westen" das politisch-militärische Veto gegen die freie Entscheidung Georgiens für eine Politik der angestrebten Mitgliedschaft in der Allianz und in der EU hinnehmen oder bereit sein, dieses Streben weiter aktiv zu unterstützen?
- Oder wird der "Westen" das aggressive Verhalten Russlands, das ja nicht den "Abzug" sondern den "Rückzug" aus Georgien ankündigt, vor sich selbst eher zur Erklärung nutzen (bei der einen oder anderen Regierung sogar mit Erleichterung), dass jetzt auf absehbare Zeit konkrete Schritte für die Mitgliedschaft Georgiens nicht ins Auge gefasst werden können oder gar dürfen?
- Wird der Westen erkennen, dass dies nur ein erster Schritt des wieder erstarkten Russland war und andere gegenüber dem sogenannten "nahen Ausland" folgen werden und dass deshalb eine Politik gegenüber den Staaten des Südkaukasus, der Ukraine, aber auch – abgestuft – Zentralasiens verfolgt werden muss, die diese Länder gegen Pressionen aus Moskau stärkt und sie nicht – wegen westlicher Untätigkeit oder Ohnmacht – gegenüber dem "neuen (alten) Russland" zur Anpassung an oder gar Unterwerfung unter russische Vorgaben zwingen wird.

- Wird der "Westen" Maßnahmen ergreifen, um auch den Russen zu zeigen, dass die Sicherheit der Allianz unteilbar ist und die Bereitschaft und Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung aller Mitglieder politisch und militärisch von Russland ernst genommen werden muss?

Die ersten Sitzungen des Nordatlantikrates am 12. August und der Außenminister der EU am 13. August konzentrierten sich vorrangig auf die Frage eines Waffenstillstandes, dem inzwischen zwar beide Präsidenten in Form des sog. "Sechs-Punkte-Planes" zugestimmt haben. Aber schon die Verzögerung des Rückzugs der russischen Streitkräfte, die sich nach Gutdünken im fremden Land bewegen und militärische Anlagen sowie eine wichtige Eisenbahnbrücke der Georgier weiter zerstören, zeigt, dass die Begründung mit dem angeblichen Genozid durch Georgien nur die medial wirksame Deklaration für die Innenpolitik, aber in beträchtlichem Umfang auch nach außen darstellt.

Die Außenminister der Allianz beschlossen am 19. August zunächst die Unterstützung Georgiens beim Wiederaufbau heraus und darüber hinaus als wesentliches Zeichen, dass Georgiens Entscheidungsfreiheit für den Westen durch die Bildung einer neuen "NATO-Georgien-Kommission" unterstützt bleibt. Ohne scharfe Worte wurde Russland deutlich signalisiert, dass Sitzungen des NATO-Russland-Rates nicht möglich sind, "solange die russischen Truppen Georgien praktisch besetzt haben".

Ein möglicher Sondergipfel des Europäischen Rates unter der französischen Präsidentschaft und weitere Beratungen beider Organisationen – hoffentlich endlich auch gemeinsam – werden für die oben genannten Fragen gemeinsame Antworten entwickeln müssen. Zurzeit liegen die Einschätzungen sowohl innerhalb der EU als auch zwischen vielen europäischen Regierungen und den Vereinigten Staaten noch erkennbar weit auseinander. Mit dem Argument, dass beide –

Russland und Georgien – gleichermaßen verantwortlich sind, und mit dem Hinweis, dass viele internationale Herausforderungen nicht ohne oder gar gegen Russland sondern nur mit Russland zu bewältigen sein werden, könnte versucht werden, klare und eindeutige Aussagen zur russischen Politik in seinem "nahen Ausland" nicht zustande kommen zu lassen oder bis zur Unwirksamkeit abzuschwächen. So würde eine realistische, aber zugleich unmissverständliche Politik gegenüber Russland scheitern. Letztlich wird es darauf ankommen, – vielleicht die Quadratur des Kreises – die Unterstützung eines uneingeschränkt souveränen Georgiens und seiner außenpolitischen Entscheidungsfreiheit ebenso zu verfolgen wie – bei klaren Aussagen zum russischen Verhalten – dennoch zu erreichen, dass ein generell konfrontativer, ja militärischer Vormarsch der Russen im "nahen Ausland" ebenso vermieden wird wie eine politische Ausgrenzung oder Isolierung Russlands.

Klar ist, dass die Russen darauf aus sein werden, mit allen möglichen politischen, ökonomischen und ggf. militärischen Maßnahmen die erkennbaren unterschiedlichen Interessen und politischen Handlungsweisen der Staaten in EU und NATO, insbesondere der USA mitten im Präsidentenwahlkampf, für ihre Zwecke auszunutzen, ja diese Unterschiede möglichst zu Gegensätzen innerhalb und zwischen beiden Organisationen zu verstärken oder bis zu einer Spaltung des "Westens" voranzutreiben.

In Kenntnis dieser russischen Absicht wird das politische Handeln des "Westens" gegenüber Russland natürlich – auf der Grundlage der Ergebnisse für Georgien – die gesamte Region und die entscheidenden politischen Themen, wie Iran, Nordkorea, Proliferation von Massenvernichtungswaffen oder dem Kampf gegen den Terrorismus einschließen müssen.

Wenn Russland im "nahen Ausland" seine Maximalforderung des Wohlverhaltens frei und demokratisch gewählter Regierungen nicht aufgeben, ja sogar eher noch

ausdehnen will, dann muss der "Westen" auch überlegen und entscheiden, wie die funktionalen Themen der Weltpolitik zum Teil ohne Russland und das zentrale Thema der Souveränität des "nahen Ausland" trotz des Widerstandes von Russland unterstützt und durchgesetzt werden kann.

Zusätzlich zu den schwierigen, ja kontroversen politischen Diskussionen in der EU und der NATO werden mittelfristig auch Auswirkungen auf die Konzepte für künftige militärische Einsätze und Kriege erneut überprüft werden. Russland hat gezeigt, dass es Land-, Luft- und Seestreitkräfte sowie Einsätze im elektronischen Internetspektrum gegen einen – allerdings militärisch drastisch unterlegenen – Gegner nach dem Prinzip von Colin Powell von 1990 "overwhelming mass" führen kann und will, noch nicht jedoch im Sinn von "overwhelming power" (Rumsfeld). Die zunehmende Konzentration künftiger militärischer Strategien und Konzepte und die Modernisierung der Streitkräfte in NATO und EU auf Stabilisierung und "Counterinsurgency" wird überdacht werden müssen und die Herausforderungen konventioneller, klassischer Staatenkriege in diesem Jahrhundert werden in neuer Weise einbezogen werden müssen.

Zunächst aber wird die Allianz einen Konsens finden müssen, ob die Annäherung der Ukraine, aber auch Georgiens nunmehr ohne weitere Verzögerung in den kommenden Jahren verfolgt werden soll oder ob die "rote Linie" der Russen akzeptiert wird. So wie die Russen die Entscheidung des NATO-Gipfels in Bukarest zu ihren Gunsten interpretiert und genutzt haben werden sie jedes Zögern oder Aufschieben in dieser Frage als Ermutigung für ihr weiteres Vordringen im "nahen Ausland" deuten und – entsprechend handeln.

Wenn neue "Vorhänge" in Europa vermieden werden sollen, dann darf sich der "Westen" eine Zersplitterung ebenso wenig leisten wie eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen mehr deklarativen politischen Nenner.

Damit werden schon weit vor dem NATO Gipfel in Kehl-Straßburg im April 2009, vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen und vor dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages der EU für alle Mitgliedstaaten weitreichende politische Weichenstellungen gefordert werden, die keinen Aufschub ins nächste Jahr oder gar darüber hinaus erlauben. Die Ereignisse im Kaukasus sollten und könnten allen Mitgliedstaaten von NATO und EU endgültig klar machen, dass die kleinen und großen Zwistigkeiten zwischen beiden überwunden werden müssen, wenn der "Westen" in der Weltordnungspolitik eine geopolitisch entscheidende Rolle erreichen, behalten und verstärken will.

Dr. Klaus Olshausen, Bonn

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen ist Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Er war zuletzt Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dieser Artikel gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Publiziert wurde der Artikel auch in Europäische Sicherheit, Ausgabe September 2008 sowie vom Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW), Berlin.

THEMEN

Macedonia: the next frontier?

"Why change the name of an extraordinary region?" Macedonia is to receive some 2 million Euros from the European Framework for special development as well as additional 2 million from Athens. The region is bound to become one of the fastest growing areas in Europe. What is wrong with this picture? Nothing – the picture just needs some refinement: the Greek President, Mr. Papoulias, is talking about the Greek province called Macedonia, he is certainly not referring the country troubled by external disputes about its name, internal troubles with its minorities or economic uncertainty. However, this country is the last frontier for European and NATO policy: what is to hap-

pen with the Former Yugoslav Republic of Macedonia, FYROM?

Time is, time was, time is past

"There is no Macedonia, there is only Western Bulgaria", according to the Bulgarian deputy foreign minister, both countries have the same language, the same church, the same ethnicity and during World War II some 80% of Macedonia was Bulgaria. This interesting remark from a high ranking official is exemplary for the situation in and around Macedonia today.

On the one hand, Bulgaria best accommodates with the actual situation of its western neighbour, on the other hand, important sources of instability are Greece's denying of Macedonia using its constitutional name, thus blocking its ascension to NATO or the EU and its own Albanian minority instigating irregularities and blocking the formation of government. How important is this?

With the near end of the main problems in Bosnia and the Kosovo, the next focus of violence and disintegration may be the Former Yugoslav Republic of Macedonia. Interesting enough, the destabilization of Macedonia starts with the stabilization of the Kosovo.

Speaking in old-Balkan terms, i.e. ethnicity, Macedonia has three minorities but no majority. Bulgarians, Albanians and Greeks share the country; each group making up its own version of the country's history. Needless to say, each version is totally different from the others. There are some signals that the respective main countries are eager to divide Macedonia and just wait until the opportunity appeals.

However, isn't there an originally Macedonian population? Macedonian Slavs, who can be called a majority, are – by Balkan terms – of Bulgarian ascendancy, however, they don't want to be recalled. During Tito's Yugoslavia the Macedonian Slavs developed a nationalism which main feature was anti-bulgarianism.

What is truth about the claims of the neighbours and about history of this geographic location, where the African, Arabic and Eurasian continental plates come together and crush on each other? Most important, what could be the future of a country that managed to become independent without major riots and is next to join the NATO or the EU? Is Macedonia the next to explode?

Troublesome past

Bulgaria claims to be the mother country of all Slavic culture. In Bulgaria the orthodoxy was first developed; there the monks Cyril and Methodius invented the Cyrillic alphabet. This is all true, but for one precision: Cyril and Methodius as well as the Slavic Orthodoxy are originally from a place nowadays called Macedonia. But, back in those years, it was a part of Bulgaria.

Ohrid, a picturesque little city, now a touristy attraction in Macedonia, was the third Capital of the Old Bulgarian Kingdom, and primary focal point of Pan-Slavism, which originated in the 10th century A.D. and aimed towards the unification of all Slavs under Bulgarian lead. From here, Clemens, one of Methodius' followers, taught and developed the Bulgarian Orthodox church. After all kinds of battles, losses and conquests, Bulgarian nationalism arose by the end of the 19th century – in today's Macedonia! The FYROM's national hero, Gotse Delchev, was a Bulgarian living in West Bulgaria. By that time, Bulgarian church was the first provider of schooling for all people. Serbian and Greek schools in Macedonia were built as a reaction against increasing (majority) Bulgarian nationalism. In Yugoslavian times, Tito encouraged Macedonian nationalism in order to separate Slavic Macedonia from Bulgaria. Today's Bulgaria has a double claim to Macedonia. First, there is the interpretation of history, second, there is a treaty signed after the fall of the Ottoman Empire: 1897 Bulgaria and Greece divided Macedonia with the Treaty of St. Stephano. Here enters the sec-

ond country interested in the region.

Greece still claims southern Macedonia to be a part of its equally named northern province. Greece sees southern Macedonia as a region of the ancient Hellenic world that belongs to the modern state and only got lost because of Ottoman rule and communist expansion. Some Greeks claim the (former Jewish – Sephardic centre) city of Saloniki to be the capital of Macedonia; not as nowadays Skopje. Indeed, Macedonia cannot use its constitutional name freely, for it has to fear Greek sanctions. The EU calls the place FYROM because Greece lobbied in this way. If Macedonia does something annoying to Greece, the Hellenic heir will simply close its border and by doing so damage the main trade and industry in the FYROM, logistics and a Greece-dependent refinery. Even the argument from language seems to give reason to whoever uses it.

The old Macedonian language used until the early middle ages had its largest expansion in the 4th century B.D. as the emperors Phillip II and Alexander the Great ruled. Now, the same word is used for a Slavic language that has nothing to do with the ancient (Greek) one but is by some 90% Bulgarian. Bulgarians will claim – basing on this argument – that the country is Western Bulgaria. Greece claims that the old language does not exist anymore, because it merged with Hellenic Greek. Therefore, southern Macedonia is northern Macedonia and part of Greece.

Greece has a special ally: Europe. Charmed by the so called Mediterranean style, the EU allows Greece to act actively and openly against the Union's principles: a dictatorship-like political system, an oppressing orthodox church, the intolerance against Turkish and Albanian minorities, which are not recognized as such, budgetary deficit, corruption, alliances with terrorist countries and so on are the excused faults of Greece. Europe, thinking in ever historical terms wants its

imagined birthplace to be in the Union and is willing to accept each of its whims. The EU does not recognize Macedonia by its Constitutional name. Why not? To appease Greece.

The third interested party are the Albanians who are about to build their second country in the Kosovo. Less heterogenic than the others, Albanians settled in the valley around the city of Tetovo (which has one of the biggest Albanian Universities). They consider themselves the biggest minority in the FYROM and have the will of being in each governing coalition of the country (in order to be pacified, it means, paid for refrain from doing anything threatening). They are even constitutionally entitled to being in government.

The Albanians were the only minority to use arms during the independence negotiations with Serbia and Montenegro. There is an active and armed branch of the Kosovar UCK still active in Macedonia and there are villages and cities – one is located some 5km from the capital – in which Macedonian Police can't go in, for these villages are controlled by the Albanian guerrilla.

Differently from the other parties of the conflict, it is not Albania that lobbies for the division of the FYROM (especially for it fears Greek ambitions directed towards the south of Albania). The Albanian minority in Macedonia itself speaks sometimes about independency as well as being part of a greater Kosovo. Following this line of thought; why not think about a merge of all Albanian countries in a Great-Albania? Albania would response: because it is not opportune – yet.

Before Yugoslavia, Macedonia was a miniature projection of the whole Ottoman world, as Lord Kinross summarizes it as conclusion of his extensive travels in the region. However, why worry about this set of historical listings? The answer is simple. In Balkan terms, there is no history. The past determines the future. With the lacking experience of

Enlightenment, past events are as vivid as present ones. Serbia still cannot forget a battle fought in the 14th century. Greece still dreams of its former glory. Bulgaria still thinks of itself as birthplace of all Slavic culture. Albania still defines itself as essentially non-Slavic community of Illirs, of the free. And because of these Balkan logics there is enough to worry about. The troublesome past may draw its shadow on Macedonia's future. Maybe soon.

The former's elections disputes about violence and clan-relationship among the Albanian minorities, which have to be part of a national government by constitution, just showcase some of the internal problems Macedonia has. First, the Albanian's preferences are unknown, i.e. there are three possibilities of the direction of their likings. First, they could be aiming the same degree of autonomy the Serbs have in northern Kosovo, second, they can be involved in internal disputes among their clan-families and their affiliations, third they can be involved in disputes with terrorist and smugglers, which could be the basis of their economy. Probably, it is a mix of all factors.

Troublesome future

What is likely to happen? Are Bulgaria and Greece going to intervene in Macedonia? Will they do it military? Politically? Economically? Is the Albanian minority going to rise at arms? Are we facing another Balkan war with its unfriendly results and ever-lasting peacekeeping missions?

We have to consider that Macedonia falling apart is a possibility, however, by any means, a certainty. Is it a probable possibility? It depends on the development of the other Balkan countries and on the FYROM's internal politics. Kosovo is independent now. If other regional-ethnic conflicts arise, like the Serbian Republic in Bosnia declaring itself free from the Union or if Kosovo-Albanian nationalism rises, centrifugal powers in Macedonia gain momentum. If Kosovo emerges as an enriching economy (because of the

supply of goods and money from its networks) and surpasses Macedonia's troubleing economy, it would be very likely something unpleasant to happen.

The primary ignition will be made by the armed Albanian UCK in the north of Macedonia, but Bulgaria and Greece would very soon commit themselves to a (in their view, the sole) diplomatic solution: the division of the country.

The European Union would have to deal with an unprecedented dilemma: on the one hand, the Union is committed to territorial integrity, on the other it is committed to higher values like peace, humanity and diplomacy. Since these have a broader meaning than territorial integrity, it is very easy to enlarge their sense for expansion purposes. Bulgaria and Greece – perhaps Albania could join them – would present the humanitarian, ethical and peaceful solution to the EU diplomats which would be eager to help their colleagues to present a peaceful way of calming the Balkan by dividing Macedonia. The EU is likely to accept everything that does not mean war or destabilization of its own shaken interstate diplomacy. After fighting each other on the Kosovo status, European countries need to demonstrate unity. Europe will accept Greek and Bulgarian claims.

The question is: What will the US do? Macedonia is trying hard to become not only an EU member, but foremost a NATO country and a good ally of the United States. Macedonia as it is could be a valuable asset for the US, enlarging the number of partners in the Balkan region. Turkey, Albania, Kosovo and Macedonia are likely to serve for US interests namely as a transit route for oil and gas pipelines, as strategic domain for security policy or in confrontation with Serbia, Greece and Bulgaria, which happen to be of a more oriental orientation. Helping Macedonia not to fall apart means disciplining Albanian and Kosovar partners, the ones thinking that America will back whatever they do. The US has to make the Kosovo's independence

possible but the implosion of FYROM impossible.

There is, of course, another possibility which is taking its course right now. Bulgaria and Greece lobby with economical means the Macedonian country. Bulgaria aspires to create a free market between both countries. In this market, Macedonians would be able to travel freely into Bulgaria and would have all rights the Bulgarians have in doing business and vice versa. From here on, a merge of both countries is not too far away. Greece promises free transit and port access, thus supporting the Macedonian development plan. Needless to say that Greece expects to be involved in important decisions about the future of the FYROM. These are the terms of trade.

On the other hand, the US would have to elevate the pressure on local politicians of all ethnicities and political colours, who are risking too much. Centrifugal powers could develop and ignite without outside intermission as in the before mentioned three scenarios. Centrifugal powers can develop because of the failures in inner politics: Macedonia failed to reform its police and army, both still working against each other. The police is still an instrument of national politics chasing and investigating only what seems to be convenient and excluding almost all ethnic minorities from its corps. The parliament is still seen as a job machine in which each representative has to employ his respective family. The opposition does not accept elementary democratic rules by fighting against all major bills passed by the majority and this one does not play be the book in not respecting the opposition's opinions eliminating them from all committees and ministries.

The ethnical minorities – especially Albanians – do not accept the majority's rule and the democratic game threatening very often the system of liberty. The ethnic majority discovered sudden ties and hidden sympathies for Serbia and its methods in dealing with minorities making mutual under-

standing a little more difficult. And so on.

The economy

Surprisingly, Macedonia once served as example of a recently independent country in economical stability. An enterprise-oriented set of laws as well as a very dynamic State and low taxes were important factors of the country's developments. Unlike other Balkan countries, Macedonia was running a near-balanced current account in about the last two years. In 2008, however, exports are sluggish while imports are growing strongly; the trade deficit has widened and so has the current account deficit. Inflation is contributing to these developments. Macedonia has a fixed exchange rate with the Euro, and eurozone countries, namely Greece, are the main trading partners. Therefore, a higher real exchange rate in having an influence on the competitiveness of Macedonian exports while imports are being helped by it. Real wages have been declining.

GDP and industrial production should continue to grow at a rate of about 5% per year in the medium run; in the short run, however, Macedonia is still dependent on the development and amiability of three other countries: Kosovo, Serbia and Greece. To boost growth, Macedonia has to rely to exports and its structure, raw materials, metal and food. The growth of exports is dependent on the growth of the main markets, all of them bearing some risk: Kosovo and Serbia are keen on having an exclusive friend or at least an enemy by affiliation in the south. Macedonia's biggest investor and trade partner is the country blocking it from EU ascension or NATO membership, Greece.

On the economic, there is good news, however. All these countries have shown an incredible degree of pragmatism in dealing which each other. Political frictions do not seem to influence the core of trade and investment. So far for the better.

Ghosts from the past

Macedonia is not yet an established country with long lasting traditions and an audible voice in international affairs (the non-recognition of its Constitutional name as an example for this) nor is it an ordinary place in which people say "we are one nation" (the visible division of Skopje in four boroughs as example for this). The country doesn't even have enough experience in democratic discussion, confrontation or solution finding, but it should get its chance. While the FYROM managed its independence from Serbia very fast and without civil war, it could be brought into serious trouble by the events in its surroundings. Kosovo's independence and rising strength could destabilize the country, as well as internal problems could. This process should be monitored very closely because Macedonia has an important strategic location and is at the same time Bulgaria's and Greece's object of desire. Since the European Union would not be able to do anything against the will of its members (especially Greece), the US is most likely to help the EU to prevent the worst.

Even if the dissolution of Macedonia is only possible (and not probable) we would be better advised to work preemptively against it by disciplining Albanians and by pressuring Macedonian politics and politicians. We should not let the ghosts from the past dictate the future.

Henrique Schneider, Zürich

Henrique Schneider is a Vienna based analyst and consultant specialised in the Balkans, the Caspian region and China. He publishes on economics and strategic policy. Opinions expressed in these contributions are those of the author.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber
Der Vorstand der **pmg**

Redaktion
Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)
Tel.: +49 (221) 8875920
E-Mail: info@pmg-ev.com
Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen
mehrfach jährlich nach den Ver-
anstaltungen der **pmg**.

